



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 5

Mai 1976

## INHALT

Seite

### Neues aus der ITF

- ITF organisiert historische Tagung über Seeleutewohlfahrt 37  
Skandinavischer Boykott gegen Schattenflaggenschiffe  
beginnt 37  
Griechenland: Gewerkschaft protestiert gegen  
Arbeitsgesetzesvorlage 38

### Transport und Verkehr

- Großbritannien: Regierung veröffentlicht beratendes  
Dokument über Verkehrspolitik 38  
Britischer Minister bezeichnet Heuerdiskriminierung  
als "widerliche" Politik 39  
Funkoffiziers-Spitzenfunktionär warnt vor Gesundheits-  
risiken im Zusammenhang mit Satellitenfunkantennen 40

### Gewerkschaften

- IBFG-Kampagne gegen Auswanderung nach Südafrika 40

### Aus der Welt der Arbeit

- Lohnerhöhung für deutsche Eisenbahner 41  
Tarif- und Arbeitsregelung für finnische Seeleute  
in der Auslandsfahrt 41  
Finnische Hafenarbeiter nehmen Arbeit wieder auf 42  
Britische Schiffsoffiziere lehnen Lohnangebot ab 42  
Japanische Eisenbahner und Seeleute enden Streikmaßnahmen 43  
Neue Tarifvereinbarung für österreichische Eisenbahner 43  
Schweden: Verhandlungen für Flugverkehrspersonal der  
Binnenfluggesellschaft Linjeflyg erfolgreich  
abgeschlossen 43

- ITF-Kampagne gegen Schattenflaggen 43

- Kurznachrichten 44

- Personalien 45

- Bevorstehende Tagungen 45

Bitte wenden!

Anhang 1

30. Kongreß des spanischen Gewerkschaftsbundes UGT --  
15. - 18. April 1976

Anhang 2

ITF-Tagungen über Besatzung von Schiffen und Befähigungen  
von Seeleuten

Anhang 3

Nichtnormgemäße Schiffe stehen weiterhin im Mittelpunkt  
der IMCO-Diskussionen

NEUES AUS DER ITF

INTERNATIONALES

ITF organisiert historische Tagung über Seeleutewohlfahrt

Über 50 Vertreter nationaler und internationaler Instanzen und Gremien, die sich auf dem Gebiete der Seeleutewohlfahrt betätigen -- darunter die ITF, die Internationale Christliche Organisation für Seeleutewohlfahrt (ICMA), der Internationale Koordinierungsrat des United Seamen's Service (ICUSS), das Internationale Arbeitsamt und verschiedene nationale und behördliche Wohlfahrtsagenturen, Reedervereinigungen und freiwillige Organisationen -- kamen am 18. und 19. Mai im ITF-Hauptbüro in London zu einer Konferenz zusammen, um zu diskutieren, auf welche Weise eine optimale Zusammenarbeit und gemeinsame Nutzung von Ressourcen auf dem Gebiete der Seeleutewohlfahrt erzielt werden kann.

Die Konferenz stellte fest, daß auf dem Gebiete der Seeleutewohlfahrt umfassende Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit auf lokaler, regionaler und insbesondere internationaler Ebene bestehen. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu bilden, in der die ITF, der Internationale Reederverband (ISF), die ICMA, die IAO und bestimmte nationale und behördliche Agenturen sowie sich international betätigende freiwillige Wohlfahrtsorganisationen vertreten sein sollten. Diese Arbeitsgruppe wird ihren eigenen Vorsitzenden ernennen, und die ITF wird als Sekretariat der Arbeitsgruppe fungieren.

Die Hauptaufgabe der Arbeitsgruppe ist es, die Bildung eines internationalen Organes (und dessen Zusammensetzung und Aufgaben) im Sinne der IAO-Empfehlung Nr. 138 -- aber nicht unbedingt unter der Obhut der IAO -- zu erörtern. Dieses internationale Organ würde dann die Aufgabe haben, internationale Wohlfahrtsdienste und Wohlfahrtseinrichtungen für Seeleute, wenn und wo immer notwendig, zu koordinieren und Vorschläge zu machen. Sie erstattet den in ihr vertretenen Organisationen Bericht und verlangt eine Befugnis von diesen. Ferner sollte die Arbeitsgruppe einer neuen internationalen Konferenz über Seeleutewohlfahrt Bericht erstatten, die innerhalb eines Jahres einberufen werden sollte.

SKANDINAVIEN

Skandinavischer Boykott gegen Schattenflaggenschiffe beginnt

Die der Skandinavischen Transportarbeiterföderation angehörenden nordischen Gewerkschaften haben am 1. Mai ihren gemeinsamen Boykott gegen Schattenflaggenschiffe begonnen. Das bedeutet, daß alle Ausreißer-Schiffe, die nicht unter Verträgen stehen, welche für die ITF annehmbar sind, in den Häfen der Mitgliedsstaaten der Skandinavischen Transportarbeiterföderation nicht abgefertigt und bedient werden werden. Die Dänische Arbeitgebervereinigung hat, wie erwartet, Schritte unternommen, um das Recht der dänischen Gewerkschaften, sich an dieser Kampagne zu beteiligen, anzufechten.

GRIECHENLAND

Gewerkschaft protestiert gegen Arbeitsgesetzesvorlage

Tausende von griechischen Arbeitnehmern befinden sich seit dem 24. Mai im Streik. Weitere Tausende, darunter das Personal der Olympic Airways, mußten auf Anordnung der Regierung die Arbeit wieder aufnehmen. Die griechischen Gewerkschaften streiken, um die Modifizierung einer Arbeitsgesetzesvorlage durchzusetzen, die zu sehr auf die Interessen der Arbeitgeber ausgerichtet ist und deren Annahme hart erkämpfte Gewerkschaftsrechte in Frage stellen würde.

Führende Funktionäre internationaler Berufssekretariate (darunter die ITF), die vor kurzem in Genf zu einer Generalkonferenz zusammentraten, haben die von der griechischen Regierung gegen die obigen Protestaktionen ergriffenen Maßnahmen in der folgenden EntschlieÙung verurteilt:

"Die Generalkonferenz der internationalen Berufssekretariate, die die Gewerkschaften der freien Welt vertreten, verurteilen die von der griechischen Regierung ergriffenen Maßnahmen zwecks Unterdrückung der Protestaktionen gegen die geplante Arbeitsgesetzgebung. Insbesondere verurteilen die Berufssekretariate die Einberufung von Arbeitnehmern, um solche Protestaktionen zu vermeiden. Ein solches Vorgehen ist mit demokratischen Praktiken unvereinbar. Wir bestehen auf vollem Schutz der Gewerkschaftsrechte und werden uns jederzeit entschlossen einer Einschränkung dieser Rechte widersetzen."

Der IBFG hat in Anbetracht der ernsten Lage in Griechenland beschlossen, einen Vertreter nach Griechenland zu entsenden, der die Umstände an Ort und Stelle prüfen soll. Er wird außerdem mit Vertretern der Gewerkschaften und Behörden Fühlung nehmen, um sicherzustellen, daß die Rechte der Gewerkschaften respektiert werden.

TRANSPORT UND VERKEHR

GROSSBRITANNIEN

=====£

Regierung veröffentlicht beratendes Dokument über Verkehrspolitik

Die britische Regierung hat vorigen Monat endlich das seit langer Zeit angekündigte "Beratende Dokument über Verkehrspolitik" veröffentlicht. Dieses Dokument soll die Grundlage für eine kohärente künftige Verkehrsstrategie sein. Das Hauptargument des Dokumentes ist, daß eine größere Integration des britischen Transportsystems notwendig ist, um die Bedürfnisse der Industrie, des Handels und reisenden Öffentlichkeit zu befriedigen.

Zwecks Verwirklichung dieses Zieles wird folgendes vorgeschlagen: die Eisenbahnfahrpreise sollten erhöht werden, um die wichtigsten Personenverkehrsverbindungen eigenwirtschaftlich zu machen; außerdem würden die bestehenden Subventionen an den Eisenbahngüterverkehrssektor eingestellt werden, sobald dies praktisch möglich ist; die Besteuerung von kommerziellen Straßentransportfahrzeugen sollte in größerem Maße auf die von solchen Fahrzeugen verursachten Kosten (mit Bezug auf Ressourcen und Umwelt) ausgerichtet werden; durch geeignete Verkehrsregelungen, höhere Parkgebühren und eine größere Kontrolle der lokalen Behörden über die Parkmöglichkeiten der Privatwagenfahrer sollte die Benutzung von Privatfahrzeugen in überfüllten Stadtzentren wirksamer eingeschränkt werden; Autobusse sollten möglicherweise höhere Subventionen erhalten als die Eisenbahnen, da ihre Betriebskosten niedriger sind. In diesem Zusammenhang sind Versuche vorgesehen, die möglicherweise eine Umstrukturierung der National Bus Company in flexiblere lokale Einheiten zur Folge haben könnten.

Die Spitzenfunktionäre der drei der ITF angeschlossenen britischen Eisenbahnergewerkschaften haben noch nicht im einzelnen zu dem Dokument Stellung genommen, jedoch bereits in einem gemeinsamen Pressecommuniqué erklärt, daß dieses Dokument ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Sie befürchten: daß die Entziehung der Subventionen an den Eisenbahnpersonenverkehrssektor katastrophale Auswirkungen auf die Fahrpreise haben wird, die ohnehin schon schneller ansteigen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten und daß der Mangel an ausreichenden Investitionen den Eisenbahnpersonenverkehr weniger attraktiv und weniger konkurrenzfähig machen wird. Ferner bedauern sie, daß die Regierung nicht die wirtschaftlichen und Umweltvorteile zu verstehen scheint, die sich aus einer Erhöhung des Frachtbeförderungsanteils der Eisenbahnen ergeben würden. Ihres Erachtens kann das britische Eisenbahnnetz in seiner gegenwärtigen Form nicht beibehalten werden, falls die von der Regierung geplanten Maßnahmen zur Durchführung gelangen.

Die der ITF angeschlossene Britische Transportarbeitergewerkschaft hat das Dokument mit allgemeiner Genugtuung zur Kenntnis genommen, verweist jedoch darauf, daß es notwendig ist, die Höhe der an Autobusbetriebe zu leistenden Subventionen genau festzulegen. Die Gewerkschaft ihrerseits ist fest entschlossen, die Beibehaltung eines sozialen Dienstes für Millionen von Engländern sicherzustellen, die kein Auto besitzen. Jack Jones, der Generalsekretär der Britischen Transportarbeitergewerkschaft, ist besonders darüber enttäuscht, daß die Regierung nicht bereit zu sein scheint, die Möglichkeit der Bildung einer nationalen Transportplanungsbehörde, die für Koordinierung und Investitionen zuständig sein würde, in Betracht zu ziehen.

### Britischer Minister bezeichnet Heuerdiskriminierung als "widerliche" Politik

In der März/April-Nummer der ITF-Nachrichten wurde auf Seite 24 über eine Gesetzesvorlage berichtet, deren Annahme es ermöglichen würde, die seit über 150 Jahren an Bord britischer Schiffe übliche Heuerdiskriminierung gegen asiatische Besatzungsmitglieder fortzusetzen. Zu dem Argument der britischen Reeder, daß 40% der britischen Hochseehandelsflotte nur weiterbestehen könne, wenn es ihr gestattet werde, an Besatzungen aus Übersee niedrigere Löhne als an britische Seeleute zu zahlen, erklärte der Generalsekretär der uns angeschlossenen Britischen Seeleutegewerkschaft (NUS), Jim Slater, falls dies

stimme, müßten ernste Zweifel über die Erwünschtheit der betreffenden Schiffe auftreten. Seitdem hat in Sunderland die alle zwei Jahre zusammentretende Generalversammlung der NUS stattgefunden. Auf dieser Generalversammlung erklärte der britische Schifffahrtsminister, Mr. Stanley Clinton Davis, daß die britische Regierung eine gemeinsame Arbeitsgruppe ernennen wird, um die Probleme zu untersuchen, die sich aus dem Abbau der Zahlung unterdurchschnittlicher Heuern an ausländische, vorwiegend asiatische, Besatzungsmitglieder auf britischen Schiffen ergeben. Der Minister fügte hinzu, daß diese Art von Lohndiskriminierung nach Ansicht der britischen Regierung nicht mit dem anti-diskriminierenden Charakter der beabsichtigten Gesetzgebung vereinbar sei. Aus diesem Grunde habe die Regierung vorgesehen, daß die umstrittene Ausnahmeklausel von der im Jahre 1968 erlassenen Gesetzgebung gegen Rassendiskriminierung jederzeit rückgängig gemacht werden könne. Den Reedern würde mitgeteilt werden, daß es sich um eine zeitweilige Ausnahmegewilligung handle, und die Regierung werde sie auffordern, mit den Gewerkschaften der Seeleute zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, daß "diese widerlichen Praktiken" so schnell wie möglich eingestellt werden.

#### Funkoffiziers-Spitzenfunktionär warnt vor Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit Satellitenfunkantennen

Auf einer kürzlichen IMCO-Konferenz über die Bildung eines internationalen Funksatellitensystems für die Schifffahrt, an der Vertreter aus 47 IMCO-Mitgliedsstaaten teilnahmen, hat Kevin Murphy, Generalsekretär der uns angeschlossenen Britischen Gewerkschaft der Funk- und Elektronikoffiziere, auf ein Gesundheitsrisiko verwiesen, dem die Seeleute an Bord von Schiffen, die mit einer Satellitenantenne ausgerüstet sind, ausgesetzt sein könnten. Gemäß theoretischen Berechnungen könnte die 5 Meter von einer MARISAT-Antenne vorhandene Funkfrequenzstrahlung hundertmal stärker sein als die anerkannte Sicherheitsgrenze von 100 Milliwatt pro Quadratcentimeter über einen Zeitraum von 6 Minuten. Dies bedeute, daß die genannte Sicherheitsgrenze möglicherweise selbst in einem Umkreis von mindestens 12 Metern von der Antenne überschritten werden könnte. Aus diesem Grunde sollten die zuständigen Behörden aller Länder, deren Schiffe von dem geplanten Satellitenfunknetz Gebrauch machen werden, im Rahmen praktischer Tests Messungen der anfallenden Funkfrequenzaustrahlungen in der Nähe der erforderlichen Antennen anordnen. Falls diese Tests die genannten theoretischen Berechnungen bestätigen sollten, könnten die genannten Antennen nicht länger auf der Brücke des Schiffes installiert werden und es müßten Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, um die körperliche Gesundheit der Seeleute entsprechend zu schützen.

**GEWERKSCHAFTEN**

**SÜDAFRIKA**

#### IBFG-Kampagne gegen Auswanderung nach Südafrika

Die dem IBFG angeschlossenen nationalen Gewerkschaftsbünde werden diesen Monat (Mai) eine koordinierte 4-wöchige Kampagne durchführen, um der Auswanderung weißer Emigranten nach Südafrika Einhalt zu

gebieten. Die Gewerkschaftsbünde wurden vom IBFG ferner aufgefordert, im Rahmen der Kampagne gewerkschaftliche Maßnahmen gegen Unternehmen zu ergreifen, die nachweisbar Kapital in Südafrika investieren.

Zwecks Förderung der Kampagne hat der IBFG Flugblätter veröffentlicht, die an gewerkschaftliche Vertrauensleute am Arbeitsplatz verteilt werden sollen. In diesen Flugblättern wird darauf verwiesen, daß die Auswanderung nach Südafrika nur zu einer Verschlechterung der Arbeitslosigkeit unter der afrikanischen Bevölkerung des Landes beitragen kann und ferner eine Befestigung der Apartheid darstellt, weil dadurch bestimmte Positionen weiterhin für Weiße reserviert werden können.

AUS DER WELT DER ARBEIT

DEUTSCHLAND

=====

Lohnerhöhung für Eisenbahner: Mindestbetrag für untere Einkommensgruppen

Die der ITF angeschlossene Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) hat sich am 12. April mit dem Vorstand der Deutschen Bundesbahn geeinigt, die Löhne und Grundvergütungen der Angestellten der Bundesbahn rückwirkend ab 1. Februar um 5%, mindestens aber 85 DM, zu erhöhen. Dieses Ergebnis kam nach Unterbrechung der Verhandlungen und erneuten Beratungen in der Großen Tarifkommission und dem Hauptvorstand der GdED zustande. Die Gewerkschaft ist der Ansicht, daß es als ein annehmbarer Kompromiß betrachtet werden kann, weil der DB-Vorstand damit sein ursprüngliches Angebot einer nur prozentualen Erhöhung modifiziert hat. Durch die Zahlung eines Mindestbetrages von 85 DM würden -- so erklärte der Stellvertretende Vorsitzende und Verhandlungsleiter der GdED, Hubert Vomberg -- die unteren Einkommensgruppen besser gestellt, wie dies auch unbedingt notwendig gewesen sei.

FINNLAND

=====

Tarif- und Arbeitszeitregelung für Seeleute in der Auslandsfahrt

Die am Ende eines 12 Tage langen Streiks der Offiziere und Mannschaften von finnischen Schiffen getroffene Vereinbarung über die Neuregelung der Heuern und Arbeitszeit sieht folgendes vor:

1. Zusätzlicher Urlaub für Arbeit an Sonn- und Feiertagen

Mit Wirkung vom 1. April 1976 erhalten alle finnischen Seeleute für jeden zur See gearbeiteten Sonn- oder Feiertag 4 Stunden zusätzlichen Urlaub. 1977 und 1978 wird sich der Zusatzurlaub für Arbeit an Sonn- und Feiertagen um jeweils 2 weitere Stunden (also auf insgesamt 8 Stunden) erhöhen.

Die gegenwärtig gewährten 4 Stunden Zusatzurlaub bedeuten, daß ein Seemann in jedem Dienstmonat 10 freie Tage garantiert hat.

## 2. Freizeit anstelle von Überstundentarif

Das am 1. Juli dieses Jahres in Kraft tretende finnische Gesetz für die Handelsmarine räumt Besatzungsmitgliedern das Recht ein, anstatt Überstundenbezahlung zusätzliche Freizeit zu beanspruchen. Der Freizeitanspruch pro Überstunde beträgt 1,4 Stunden für Mehrarbeit an Wochentagen und 2 Stunden für Mehrarbeit an Sonn- und öffentlichen Feiertagen.

## 3. Unsoziale Arbeitszeit

Eine unter dem Vorsitz des staatlichen Schlichters stehende Arbeitsgruppe wird die Frage der Sonderentschädigung für Arbeit zwischen 18.00 Uhr und 06.00 Uhr untersuchen. Die Arbeitsgruppe wurde beauftragt, vor Ende Juni Bericht zu erstatten. Ihr Bericht soll spätestens bei den Tarifverhandlungen für das Jahr 1977 berücksichtigt werden.

## 4. Neue Heuertarife (ab 1. April 1976) -- (gegenwärtig liegen nur die Offiziersheuern vor):

Kapitän (je nach Größe des Schiffes) -- von 4.772 bis 5.720 Finnmark;  
1. Steuermann -- 2.795 bis 3.346 Fmk.; 2. Steuermann -- 2.389 bis 2.784 Fmk.; 3. Steuermann -- 2.274 bis 2.681 Fmk..

## Hafenarbeiter nehmen Arbeit wieder auf

Die der Finnischen Transportarbeitergewerkschaft (Mitglied der ITF) angehörenden Hafenarbeiter haben am 3. Mai nach einem einmonatigen Streik über die Erneuerung des Kollektivvertrages die Arbeit wieder aufgenommen. Der neue Vertrag sieht eine über 2 Jahre gestaffelte Erhöhung der Löhne um insgesamt 20% vor sowie die Einführung des 2-Schicht-Systems und bessere Renten.

## GROSSBRITANNIEN

### Schiffsoffiziere lehnen Lohnangebot ab

Die Britische Gewerkschaft der Offiziere in der Handelsmarine und Luftfahrt (MNAOA) und die Britische Funkoffiziersgewerkschaft (beide Organisationen gehören der ITF an) haben ein Tarifangebot der Reeder abgelehnt, weil die zwischen £8.189 und £8.499 pro Jahr verdienenden Offiziere sowie die meisten Offizierskadetten nicht die volle Erhöhung (£312 pro Jahr) erhalten würden, die laut der zwischen dem Britischen Gewerkschaftsbund und der Regierung vereinbarten Lohnpolitik zulässig ist. Arbeitnehmer, die bereits mehr als £8.500 pro Jahr verdienen, haben keinen Anspruch auf eine solche Erhöhung.



JAPAN

=====

Eisenbahner und Seeleute enden Streikmaßnahmen

Am 22. April endete nach zwei Tagen ein landesweiter Streik der japanischen Eisenbahner (sowohl Staatsbahnen als auch Privatbahnen). Gemäß Pressemeldungen haben die Privateisenbahner einem Schlichtungsvorschlag zugestimmt, der ihnen Lohnerhöhungen um etwa 12.000 Yen pro Monat zuspricht. Die bei den Staatsbahnen beschäftigten Eisenbahner haben ihrer Unzufriedenheit mit diesem niedrigen Angebot Ausdruck gegeben. Einige Tage später stimmten die Mitglieder der uns angeschlossenen All-Japanischen Seeleutegewerkschaft einem Schlichtungsvorschlag zu (15.500 Yen pro Monat mehr) und endeten ihren Streik.

Die Kollektivverträge beider Arbeitnehmergruppen liefen im März dieses Jahres ab.

ÖSTERREICH

=====

Neue Tarifvereinbarung für Eisenbahner

Die Zentralabteilung der österreichischen Gewerkschaft der Eisenbahner hat am 1. April 1976 ein Angebot der Bundesregierung gebilligt, das eine Erhöhung der Bezüge der österreichischen Eisenbahner um zwischen 6,5% und 10,5% für die Zeit vom 1. Juli 1976 bis 31. Dezember 1976 und um weitere 1,5% ab 1. Januar 1977 vorsieht.

SCHWEDEN

=====

Verhandlungen für Flugverkehrspersonal der Binnenfluggesellschaft Linjeflyg erfolgreich abgeschlossen

Die der ITF angeschlossene Schwedische Gewerkschaft der Handelsarbeiter (HTF) hat der Binnenfluggesellschaft Linjeflyg in einer weiteren Verhandlungsrunde über wichtige Forderungen für Flugverkehrsleiter und Kabinenpersonal beachtliche Zugeständnisse abgerungen (siehe auch ITF-Nachrichten Nr. 3/4, 1976). Das Unternehmen hat sich bereit erklärt, für die überwiegende Mehrzahl der Arbeitnehmer die 5-Tage-Woche anzuerkennen, zusätzlichen Urlaub für Arbeit an Sonn- und öffentlichen Feiertagen zu gewähren (das bedeutet durchschnittlich 15 zusätzliche freie Tage pro Jahr für die obengenannten Personalkategorien) und den normalen jährlichen Urlaub von 30 Tagen auf 32 Tage zu erhöhen.

ITF-KAMPAGNE GEGEN SCHATTENFLAGGEN

=====

Im Rahmen der ITF-Kampagne gegen Schattenflaggen haben französische Gewerkschaften der Seeleute und Hafendarbeiter in St. Nazaire das unter zyprischer Flagge registrierte Schiff ARIS TRADER unter Vertrag gebracht. Das Schiff wurde festgehalten, nachdem es versucht hatte,

ohne die Hilfe der Hafenschlepper und Lotsen von St. Nazaire nach Vornahme unbedingt notwendiger Reparaturen auszulaufen. Am Ende erklärten sich die Reeder des Schiffes bereit, die üblichen ITF-Beiträge für die indische Besatzung des Schiffes sowie £27.486 in der Form ausstehender Heuern zu zahlen und einen genügend hohen Betrag für die Deckung der Heimbeförderungskosten jener Besatzungsmitglieder zu deponieren, die während des Aufenthalts des Schiffes in St. Nazaire abgemustert hatten.

### KURZNACHRICHTEN

Die finnischen Flugzeugpiloten haben am Ende eines 3-Wochen langen Streiks der vom behördlichen Schlichter vorgeschlagenen Formel zugestimmt.

Gabon ist der Zwischenstaatlichen Beratenden Organisation für Seeschifffahrt (IMCO) beigetreten. Damit erhöht sich die Zahl der IMCO-Mitgliedsstaaten auf 95.

Ein medizinischer Sachverständiger hat vorgeschlagen, daß ein Gesetz über die Begrenzung der Arbeitszeit britischer Fluglotsen erlassen werden sollte. Auf einer kürzlichen Konferenz über den beruflichen Streß der Fluglotsen erklärte der genannte Sachverständige, daß die Britische Zivilluftfahrtsbehörde zwar strikte Arbeitszeitvorschriften für die unter staatlicher Kontrolle stehenden Flughäfen erlassen habe, die Bedingungen in den übrigen Flughäfen jedoch bei weitem nicht befriedigend seien. Eine von der Britischen Vereinigung der Fluglotsen vorgenommene Studie zeigt, daß die Arbeitszeit der Fluglotsen in den nicht unter staatlicher Kontrolle stehenden Flughäfen zu lang ist und in einigen Fällen Dienstreisen bis zu 16 Stunden gearbeitet werden.

Die japanischen Hafendarbeiter haben im April weitere Streiks in Unterstützung ihrer Forderungen auf Festlegung eines Mindestlohnes und Einführung einer Rentenversicherung durchgeführt.

Norwegen hat bekanntgegeben, daß es beabsichtigt, noch in diesem Jahr eine 200-Meilen-Fischereigrenze festzulegen.

Ein amerikanischer Gerichtshof hat entschieden, daß die Luftfahrtsgesellschaft American Airlines der gesetzwidrigen Diskriminierung gegen 300 Stewardessen schuldig ist, die vor dem Jahre 1970 gezwungen wurden, ihre Arbeit aufzugeben, weil sie schwanger waren und später nicht wieder angestellt wurden. Die Gesellschaft ist nunmehr für die Nachzahlung des Verdienstes der betreffenden Stewardessen haftbar.

PERSONALIEN

Der ehemalige ITF-Präsident Roger Dekeyzer feiert am 18. Juni seinen 70. Geburtstag. Wir gratulieren.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

=====

- Sektionskonferenz der Fischer - Grimsby, 21. und 22. Juni 1976  
Unterausschuß über Arbeitsbedingungen der Eisenbahner - London, 22. und 23. Juni 1976  
Sektionskonferenz der Seeleute - Hamburg, 1. bis 3. September 1976

\*\*\*\*\*  
\* WEITERE INFORMATIONEN ÜBER DIE \*  
\* IN DIESER NUMMER DER ITF-NACH- \*  
\* RICHTEN ENTHALTENEN MITTEILUNGEN \*  
\* SIND VOM ITF-SEKRETARIAT AUF AN- \*  
\* FRAGE ERHÄLTlich! \*  
\*\*\*\*\*

30. KONGRESS DES SPANISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES UGT ---  
15. - 18. APRIL 1976

"Vor 44 Jahren hielt der UGT seinen Siebzehnten Kongreß in Madrid ab. Dies war der letzte UGT-Kongreß, der in Spanien selbst stattfinden konnte. Der nächste, für das Jahr 1936 geplante Kongreß, mußte aufgrund des militärischen Aufstandes vom 18. Juli verschoben werden, und die militanten Organisationen des UGT widmeten alle ihre Energie der Verteidigung der Arbeiterklasse gegen die Aggression der Militärs. Die aus dieser Aggression hervorgehende Diktatur hatte zur Folge, daß zwischen 1939 und dem jetzigen 30. UGT-Kongreß keine UGT-Kongresse mehr in Spanien abgehalten werden konnten." Dies waren die Eröffnungsworte des UGT-Zentralsekretärs Nicolás Redondo auf der Eröffnungssitzung des 30. Kongresses der UGT in Madrid. Kollege Redondo fuhr wie folgt fort: "Durch ihren demokratischen Beschluß, diesen 30. Kongreß in Madrid abzuhalten, hat der UGT bewiesen, daß er entschlossen ist, einer Macht, die noch immer über enorme Unterdrückungsmethoden verfügt, die Stirn zu bieten. Er ist sich der damit verbundenen Risiken bewußt. Aber aufgrund seiner Verantwortung als Verteidiger der Interessen der Arbeiterklasse betrachtete der UGT es als seine Pflicht, den demokratischen Organisationen Spaniens eine Bahn zu brechen."

Kollege Redondo verwies im Rahmen eines historischen Rückblicks auf die Gründung des UGT im Jahre 1888, auf die führende Rolle des UGT während der revolutionären Streiks vom Jahre 1910 und 1917, die Mobilisierung der Arbeiter des Landes und die Proklamierung der spanischen Republik im Jahre 1931, den Sieg der populären Front im Jahre 1936 und ihren Kampf um die Verteidigung der Republik zwischen den Jahren 1936 und 1939. Der UGT sei bereit, weiterhin mit anderen echt demokratischen Organisationen zusammenzuarbeiten, um einen demokratischen Durchbruch zu erzielen."

Der UGT habe stets eine konsequente antifaschistische Haltung vertreten und die der Kontrolle des Staates unterstehenden offiziellen vertikalen "Gewerkschaften" verurteilt, die von Franco gebildet wurden, um der Diktatur ein Werkzeug für die Kontrolle und Unterdrückung der Arbeiterklasse bereitzustellen. Die Zerstörung dieser faschistischen Gewerkschaftsstruktur sei eine Voraussetzung für eine wirksame und demokratische Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse. Die in allen Teilen des Landes begonnene Offensive der Arbeiter zeige, daß die spanischen Arbeiter sich dieser Tatsache bewußt seien. Selbst in jenen Sektoren der Arbeiterbewegung, wo die offizielle vertikale Struktur bestimmte Vorteile zu haben schien, habe man jetzt erkannt, daß es nicht möglich ist, von dieser Struktur wirksam Gebrauch zu machen oder sie intern zu modifizieren.

Zur politischen Lage in Spanien erklärte Kollege Redondo, daß die Arbeiterbewegung stark genug sei, sich gegen alternative Tendenzen, die den Anforderungen der Arbeiterklasse nicht gerecht werden, zu behaupten. Die Arbeiterbewegung werde unter der Führung des UGT nicht die ihr von der bürgerlichen Schicht zugeschriebene Rolle akzeptieren, deren Hauptziel darin bestehe, die Machtposition des Bürgertums unter dem Vorwand sogenannter Reformen intakt zu halten. Die wirtschaftliche Krise des kapitalistischen Systems in Spaniens werde von der Arbeiterklasse getragen. Es gebe in Spanien fast eine Million Arbeitslose,

von denen viele kein Arbeitslosengeld erhielten. Die Arbeiter selbst hätten in allen Teilen des Landes Forderungen gestellt und diese Forderungen durch Streikmaßnahmen in einem Ausmaß, wie man es unter spanischer Diktatur bisher noch nicht gesehen hatte, unterstützt. Erst wenn die Freiheit der Gewerkschaften voll garantiert werde, würden die Arbeiter in der Lage sein, echte Vertreter zu nominieren, deren Verantwortung es sein wird, im Namen der Arbeiter zu verhandeln. Ein jeder Versuch zur Überwindung der gegenwärtigen sozialen Krise müsse von einer totalen Trennung von der offiziellen "Gewerkschaftsstruktur" ausgehen sowie von der Anerkennung der Rechte und Funktionen echt repräsentativer Arbeiterorganisationen durch die Arbeitgeber und die politischen Behörden. Diese Trennung von der offiziellen Gewerkschaftsstruktur könne nur durch koordinierte Aktionen aller Gewerkschaftsorganisationen bewirkt werden. Wenn die Gewerkschaften ihre Rechte und Freiheit wiedergewonnen hätten, würden sie über eine feste Basis zum Aufbau und zur Förderung der gewerkschaftlichen Einigkeit verfügen.

Die Exekutive des UGT legte einen Bericht über die grundlegenden Ziele des UGT vor zusammen mit einem Aktionsprogramm für die unmittelbare Zukunft. Dieses Aktionsprogramm konzentriert sich auf die Transformierung der spanischen Gesellschaftsstruktur durch die Abschaffung der Monopolstellung der herrschenden Klasse, eine Reorganisierung der Arbeits- und Produktionsmethoden und eine Neuverteilung der Güter mit dem Endziel der Ersetzung der kapitalistischen Gesellschaft durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung, in der es keine persönliche Ausbeutung mehr gibt.

Für den UGT sind demokratische Planung und Kontrolle durch die Arbeiter Merkmale dieser neuen Gesellschaftsordnung. Der UGT unterstützt die Bildung einer sozialen Regierung, deren Ziel gleichfalls darin besteht, die genannten sozialen Änderungen herbeizuführen.

Die Strategie des UGT zur Förderung der Durchführung dieses Programmes stützt sich auf folgende Grundsätze:

- Verweigerung einer jeglichen Mitarbeit in der vertikalen "Gewerkschaftsstruktur"; Isolierung dieser Struktur und deren eventuelle Abschaffung und Ersetzung durch eine demokratische Gewerkschaftsbewegung.
- Förderung von Arbeiterversammlungen und Betriebsausschüssen in Fabriken und anderen Beschäftigungszweigen zwecks Demokratisierung der Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Beziehungen und Verwirklichung der Arbeiterkontrolle.
- Aufbau eigener industrieller Föderationen des UGT.
- Förderung einheitlicher Ausgangsbasen zusammen mit anderen echten politischen und gewerkschaftlichen Bewegungen auf allgemeiner Ebene im Rahmen der Bekämpfung der faschistischen Diktatur zwecks Wiedergewinnung grundlegender Rechte und Schaffung eines sich auf die Souveränität der Massen stützenden demokratischen Regimes.

An dem Kongreß des UGT nahmen über 700 Delegierte von provinziellen Sektionen und industriellen Föderationen des UGT teil. Unter den 70 Gewerkschaftsvertretern aus dem Ausland befanden sich Otto Kersten (Generalsekretär des IBFG), Per Carlson (Generalsekretär des IBG), Hans Matthöfer (deutscher Bundesminister für Wissenschaft und Forschung) und H. Elgueta (chilenischer Gewerkschaftsbund UGT). Außerdem waren 8 Internationale Berufssekretariate -- darunter die ITF -- sowie Gewerkschaftsbünde aus 15 Ländern vertreten. Auf der Schlußsitzung sprachen zufolge eines Beschlusses des Kongresses Vertreter der Solidaridad de Obreros de Cataluna, der Unión Sindical Obrera und der Comisiones Obreras.

ITF-Generalsekretär Charles Blyth verwies in seiner Ansprache darauf, daß der UGT seit vielen Jahren eine Mitgliedsorganisation der ITF ist. Er sagte, die ITF habe die Transportabteilung des UGT in der Vergangenheit unterstützt und werde dies in der Zukunft in noch stärkerem Maße tun, da die ITF nicht nur das Recht, sondern auch die Verpflichtung habe, für die Menschen eines Landes einzutreten, in dem grundlegende Rechte und Freiheiten vorenthalten werden. Die ITF wolle der wirtschaftlichen Entwicklung Spaniens nichts in den Weg stellen, sei jedoch gegen den Abschluß von Handelsverträgen zwischen Spanien und den Ländern der EWG, solange in Spanien keine echte Demokratie wiederhergestellt worden sei. Es hänge ganz vom Verhalten der spanischen Regierung ab, ob die ITF weitere gewerkschaftliche Aktionen gegen Spanien in die Wege leiten werde oder nicht. Auf jeden Fall werde die ITF nicht zögern, von ihrer gewerkschaftlichen Macht in Unterstützung des Kampfes für Freiheit und Demokratie Gebrauch zu machen.

ITF-TAGUNGEN ÜBER BEMANNUNG VON SCHIFFEN UND BEFÄHIGUNGEN VON SEELEUTEN

Vertreter angeschlossener Seeleutegewerkschaften aus Dänemark, Finnland, Großbritannien, Indien, Kanada, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und den USA nahmen vor kurzem in Maryland, USA, an zwei von der ITF-Seeleutesektion einberufenen Sitzungen teil, deren Zweck es war, Vorbereitungen für IMCO-Tagungen zu treffen, auf denen diverse Aspekte der Ausbildung und Befähigung von Seeleuten zur Diskussion stehen. Ferner wurde die künftige Politik der Mitgliedsverbände auf dem Gebiete der Besatzung diskutiert. Die Sitzungsteilnehmer (darunter der Vorsitzende und der Sekretär der ITF-Seeleutesektion) besuchten mehrere Ausbildungszentren für Schiffsoffiziere und Mannschaftsdienstgrade, um einen unmittelbaren Eindruck von den amerikanischen Ausbildungsmethoden zu gewinnen. Diese Besichtigungen wurden von den der ITF angeschlossenen amerikanischen Seeleutegewerkschaften MNU, IOMMP (Kapitäne, Steuerleute und Lotsen), SIU, MEBA (Schiffsingenieure) sowie von der amerikanischen Vereinigung der Funkoffiziere arrangiert.

Die erste der beiden Sitzungen fand am 22. und 23. April in Baltimore statt. Auf dieser Sitzung erfolgte eine gründliche Prüfung und Erörterung der Tagesordnungspunkte der nächsten Sitzung des IMCO-Unterausschusses über Ausbildungs- und Wachgangsnormen mit besonderem Bezug auf die sich mit der Ausbildung und Befähigung von Besatzungsmitgliedern befassenden Artikel eines geplanten internationalen Übereinkommens. Ferner wurde die Ausbildung der Funkoffiziere diskutiert, zwecks Erstellung einer Eingabe an den zuständigen IMCO-Unterausschuß, die jedoch nicht ganz fertiggestellt werden konnte und auf einer weiteren vorbereitenden ITF-Sitzung im Juni dieses Jahres in London erneut zur Diskussion stehen wird.

Die zweite Sitzung wurde in Weiterverfolgung eines Antrages der im Oktober 1975 abgehaltenen Konferenz der ITF-Seeleutesektion einberufen. Zur Diskussion standen Aspekte der Besatzung und die in diesem Zusammenhange von den zuständigen zwischenstaatlichen Organisationen zu treffenden Maßnahmen. Die Sitzungsteilnehmer waren sich der Schwierigkeit ihrer Aufgabe bewußt. Sie gingen davon aus, daß die Besatzung eines Schiffes unbedingt allen Erfordernissen der Sicherheit Rechnung tragen muß und daß bei der Festlegung der Besatzungsnormen Aspekte des Umweltschutzes berücksichtigt werden müssen. Der zuständige Besatzungsausschuß der ITF-Seeleutesektion widmete sich sodann der Frage der Besatzung von 3-Wachen-Schiffen über 1.600 BRT, da die bestehenden IMCO-Empfehlungen über Ausbildungs- und Wachgangsnormen sich vorwiegend auf solche Schiffe beziehen. Im Juli dieses Jahres wird in London eine weitere Sitzung des Ausschusses stattfinden, um andere Aspekte der Besatzung zu diskutieren, damit für die im September dieses Jahres stattfindende Vollkonferenz der Seeleutesektion ein geeigneter Bericht erstellt werden kann.



SUB-STANDARD SHIPS STILL VERY MUCH AT CENTRE OF IMCO DEBATE

The 34th session of IMCO's Maritime Safety Committee (MSC) was held from 3 to 7 May in London. ITF affiliates from Greece, United Kingdom and United States were represented either on their respective national delegations or on the ITF observer delegation, which also included the ITF Seafarers' Section Secretary, A.G. Selander. The Chairman of the ITF Seafarers' Section, K. Mols Sørensen, attended the session in his capacity as Chairman of the Joint IMCO/ILO Committee on Training.

As is customary the MSC considered, among other things, matters arising from reports submitted to it by its subsidiary bodies and in the course of the discussion of the report of the Sub-Committee on Standards of Training and Watchkeeping (STW) it agreed that IMCO assembly recommendations regarding watchkeeping, training and qualifications be appropriately notified to the 1978 Conference on Crew Training for final action. The MSC also asked its radiocommunications sub-committee to complete its brief on watchkeeping and training and qualifications of radio personnel in order that the results could be further processed by STW in time for the 1978 conference. With regard to the proposed Convention on Crew Training and Certification it was agreed that any amending conference be convened in association or consultation with the ILO and that it would not be possible for the convention to override existing instruments on the subjects included in its scope.

The MSC further agreed to list mandatory minimum manning requirements for future consideration (but not in its brief for the 1978 conference) and reiterated its request to administrations for more information on the subject. It also instructed the IMCO Secretariat to prepare for a review at the Autumn session of MSC this year of a previous proposal concerning mandatory minimum requirements for junior ratings forming part of a navigational watch.

With regard to the safety of fishing vessels the MSC approved a draft international convention on the safety of fishing vessels for circulation by the IMCO Secretariat to governments and other organizations which will be invited to participate in the International Conference to adopt the proposed convention which is scheduled to take place in March/April 1977.

In accordance with the recent IMCO Assembly resolution on "Procedures for the Control of Ships" the MSC set up an ad hoc group to develop further the criteria and guidelines for judging a ship to be sub-standard. As a result a document entitled "Sub-standard Ships Guidance on Control Procedures" was prepared for distribution among administrations. This document will be expanded at the next MSC session to take account of fire safety of passenger ships and machinery and electrical installations in particular. Also outstanding are the issues of how to deal with ships below convention



sizes and those registered in non-convention countries<sup>x</sup>. The MSC further agreed on a new format of deficiency reports and that such reports should be repeated until flag state action is notified. In addition the MSC in response to an Assembly resolution recommended that administrations should inform IMCO of certain aspects of their investigations into major ship casualties in order to assist the further improvement of international safety standards. As a consequence the IMCO Secretariat would be listing serious casualties for the benefit of each session of the MSC. With regard to the proposal made by the ILO Preparatory Technical Maritime Conference regarding sub-standard ships the Committee provided guidance for the line to be taken by IMCO at the October 1976 Maritime Session of the International Labour Conference.

Following the submission of a paper by the International Chamber of Shipping and the International Shipowners' Federation describing certain problems which in their opinion could arise in connection with the coming into force of the 1969 Tonnage Measurement Convention the MSC proposed to set up an ad hoc group to deal with this matter at its next session. In particular it was suggested that it might be necessary to provide a clear definition of the term "tonnage" in any future international instruments.

Finally, the MSC endorsed the request that IMCO should arrange the third Conference on the Establishment of an International Maritime Satellite System from 1-3 September 1976 in London and towards the end of the session it was announced that the new International Collision Regulations would come into force in 12 months' time following the attainment of a sufficient number of ratifications.

x) SOLAS and Load Line Conventions